PK BREMEN
PSYCHOTHERAPEUTENKAMMER BREMEN

Mitteilungen der Psychotherapeutenkammer Bremen

Pressekonferenz: Das Bremer Gesundheitswesen warnt vor den Folgen der aktuellen Gesundheitspolitik

Die bundespolitischen Reform- und Sparpläne werden für Patient*innen im Land Bremen deutlich spürbar sein. Wenn Praxen und Krankenhäuser weiter unter wirtschaftlichen Druck geraten, drohen weniger Termine, längere Wartezeiten und Einschränkungen in der Versorgung. Über die konkreten Folgen informierte in einer Pressekonferenz am Mittwoch, den 10. Juni 2026, ein breites Bündnis von Vertreter*innen der ambulanten und stationären Versorgung im Bundesland.

Pressekonferenz am 10. Juni 2026

Im Mittelpunkt steht das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz, das zu diesem Zeitpunkt noch vor der Verabschiedung durch den deutschen Bundestag stand. Praxen und Kliniken in Bremen und Bremerhaven werden ihr bisheriges Versorgungsangebot nicht aufrechterhalten können. Dies betrifft neben der ambulanten und stationären Versorgung auch die Notfallstrukturen. Vor dieser Weichenstellung warnt das Bremer Bündnis eindringlich.

Amelie Thobaben sprach für die Psychotherapeut*innen und wies darauf hin, dass die geplanten Kürzungen in der Psychotherapie weniger zu einer Ersparnis, sondern tendenziell zu Mehrausgaben führen würden. Chronifizierung psychischer Erkrankungen führe häufig zu längerfristigen Arbeitsausfällen und Frühberentungen. Durch rechtzeitige psychotherapeutische Behandlung seien diese oft vermeidbar, sodass sich durch einen investierten Euro in der Psychotherapie volkswirtschaftlich drei Euro sparen ließen. Gleichzeitig scheine die Bundesregierung den sich auch in der Psychotherapie bereits abzeichnenden Fachkräftemangel zu ignorieren. Schon jetzt gebe es in Bremen und der Region Schwierigkeiten, alle psychotherapeutischen Kassensitze nachzubesetzen. „Wir brauchen dringend Regelungen für die psychotherapeutische Weiterbildung. Der Gesetzgeber hat jetzt noch die Gelegenheit, eine Verschlechterung und dauerhafte Schädigung der psychotherapeutischen Versorgung zu verhindern."

Gesprächspartner*innen waren:

- Ärztekammer Bremen, Christina Hillebrecht;
- DIAKO Evangelisches Diakonie-Krankenhaus, Thomas Kruse;
- Kassenärztliche Vereinigung Bremen, Dr. Bernhard Rochell;
- Kassenzahnärztliche Vereinigung im Lande Bremen, Frank Wessels;
- Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen, Judith Borsch;
- Psychotherapeutenkammer Bremen, Amelie Thobaben;
- Zahnärztekammer Bremen, Maria Schletter.

Protestaktionen in und aus Bremen

Anlässlich der Honorarkürzungen durch den erweiterten Bewertungsausschuss, den angekündigten Kürzungen im GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz, wurden auch in Bremen zahlreiche Kolleg*innen aktiv, viele übernahmen Verantwortung für die Gestaltung der Veranstaltungen.

21. März: Kundgebung mit 1.000 Menschen auf dem Marktplatz in Bremen

15. April: Teilnahme von Bremer Kolleg*innen an zentraler Demonstration in Berlin

15. April: Kundgebung auf dem Marktplatz in Bremen anlässlich des bundesweiten Protesttags

25. April: Kundgebung auf dem Marktplatz in Bremen

31. Mai: Demo zur Weiterbildung in der Psychotherapie mit Abschlusskundgebung

10. Juni: Pressekonferenz des Bremer Gesundheitswesens

Neben diesen Aktionen führten die Kolleg*innen mehrere Gespräche mit Politiker*innen und auch der Kammervorstand unterstützte Proteste durch Pressegespräche, Pressemitteilungen sowie Gespräche mit und Briefe an MdB, MdBB und Krankenkassen. Auch die KV HB setzte sich mit Resolutionen, Pressemitteilungen und einer Pressekonferenz für die psychotherapeutische Versorgung ein.

Da für die psychotherapeutische Weiterbildung weiterhin ausreichende Regelungen der Finanzierung fehlen und gleichzeitig die o. g. Kürzungen in der Psychotherapie diese noch weiter erschweren würden, wurde auch dieser Aspekt in allen Kundgebungen benannt, v. a. aber auf der Kundgebung zum Aktionsmonat Mai.

Demonstration zur Weiterbildung in der Psychotherapie

Bericht über die 53. Kammerversammlung

Am 16. Juni 2026 fand in den Räumen der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen die 53. Kammerversammlung statt.

Im Rahmen der Begrüßung skizzierte der stellvertretende Präsident, Dr. Christoph Sülz, die Bedeutung des berufspolitischen Engagements. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen sei es umso wichtiger, dass der Berufsstand sich organisiert und die Strukturen in Kammern, Kassenärztlichen Vereinigungen, Verbänden und in der Selbstverwaltung gestärkt werden. Die Kammerversammlung würdigte ausdrücklich das beeindruckende Engagement der bremischen Kolleg*innen, denen es gelungen sei, spontan und von der Basis aus unmittelbar nach Bekanntwerden der Honorarkürzungen eine Kundgebung mit 1.000 Protestierenden zu organisieren.

Die Präsidentin Amelie Thobaben berichtete, dass es einen Wechsel in der Geschäftsführung geben wird. Die bisherige Geschäftsführerin stehe nicht mehr zur Verfügung. Zum 1. September 2026 wird es eine Nachfolge geben. Es sei dem Kammervorstand erfreulicherweise gelungen, einen erfahrenen Geschäftsführer mit juristischer Expertise zu finden, der auch auf absehbare Zeit, die Justiziarstätigkeiten übernehmen wird, wenn Herr Rechtsanwalt Rasehorn diese Tätigkeit beendet. Perspektivisch schlägt der Kammervorstand eine Veränderung in den Strukturen von Geschäftsstelle und Vorstand vor, die darauf abzielt, das Ehrenamt von jenen Aufgaben zu entlasten, die sinnvollerweise von der Geschäftsstelle zu erledigen wären. So könnte die Geschäftsstelle personell etwas verstärkt werden, bei gleichzeitiger Reduktion des Vorstandes auf insgesamt fünf Positionen.

Personelle und strukturelle Veränderungen vor der Kammerwahl 2027

Diese Veränderungen stehen im direkten Zusammenhang mit der anstehenden Kammerwahl auf der 55. Kammerversammlung im Sommer 2027. Dann werden alle Vorstandspositionen neu gewählt, Präsident*in, stellvertretende*r Präsident*in und

Beisitzer*innen. Frau Thobaben und Herr Dr. Sülz teilten mit, dass sie nach dann acht Jahren intensiver Arbeit nicht mehr für den Vorstand kandidieren möchten. Sie seien aktuell in vielen Gremien in Kammer, KV und KBV tätig und bedienten ein riesiges Spektrum an Themen. Sie hielten die Konzentration auf eines der großen Themenfelder für sinnvoll.

Die Kammermitglieder sind somit aufgefordert, zu prüfen, ob sie für eines der Vorstandsämter, insbesondere für das Präsidium, kandidieren möchten. Gerne kann nach Möglichkeiten der Einarbeitung geschaut werden. Eine Mitarbeit und/oder Mitgliedschaft im Vorstand ist noch innerhalb des kommenden Jahres möglich. Der Vorstand wird zu einem Treffen nach den Sommerferien einladen, um Interessierte zu informieren und gemeinsam zu überlegen, wie die Positionen zukünftig besetzt werden können.

Frau Thobaben skizzierte die Entwicklung der Kammer: Nach den ablaufenden beiden Legislaturen werden die Strukturen in der Geschäftsstelle ausgebaut worden sein, sodass die Mitarbeiter*innen deutlich eigenständiger arbeiten können und viel stärker in spezielle Themen eingearbeitet sind, als es früher der Fall war. Die Mitglieder haben viel mehr Möglichkeiten, sich nötige Informationen selbstständig zu verschaffen, da die Homepage durch vielfache Informationsmöglichkeiten (FAQ) erweitert wurde. Es sind also in den letzten Jahren gute Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass der zukünftige Vorstand und auch das Präsidium sich mehr auf ihre politischen Aufgaben konzentrieren können und weniger Geschäftsführungs- und Verwaltungsaufgaben sowie berufsrechtliche Aufgaben übernehmen müssen.

Psychotherapeutenjournal – Printversion zukünftig nur auf Wunsch

Im Rahmen der Digitalisierung des PTJ werden die Kammermitglieder grundsätzlich das PTJ digital erhalten. Auf Wunsch wird das Journal aber im Papierformat zur Verfügung gestellt werden. Die Kammerversammlung hat sich somit für eine ökologisch nachhaltige Lösung entschieden, die gleichzeitig die Bedürfnisse derjenigen Mitglieder berücksichtigt, die weiterhin im PTJ blättern wollen.

Gleichstellung

Dr. Rosa Steimke lud die Kammerversammlung ein, in den kommenden Monaten bis zur nächsten Kammerversammlung zu überlegen, ob Gleichstellungsfragen strukturiert in einer AG oder in einer Kommission bearbeitet werden sollten. Auf Bundesebene und in vielen Landeskammern gebe es solche Ausschüsse, mit denen man sich vernetzen könne. Interessierte Kammermitglieder können sich an Frau Dr. Steimke wenden.

Änderungen der Fort-, Weiterbildungs- und Berufsordnungen

Infolge der Änderungen der Muster-Ordnungen durch die vergangenen DPT wurden vom Fort- und Weiterbildungsausschuss Anträge zur Übernahme dieser Änderungen in die Ordnungen der Landeskammer eingebracht.

Neben verschiedenen redaktionellen Anpassungen wurden in der Fortbildungsordnung die Anforderungen an Referent*innen bei Fortbildungen klarer gefasst.

Bereichsweiterbildung Klinische Hypnose/Hypnotherapie

Die Kammerversammlung beschloss, die Bereichsweiterbildung Klinische Hypnose/Hypnotherapie in die WBOen aufzunehmen. Dadurch wird zukünftig ein weiterer ankündigungsfähiger Titel erlangt werden können. Die Weiterbildungskommission der BPtK hatte diese Bereichsweiterbildung Hypnotherapie erarbeitet. Anlass war die Bitte der Milton-Erickson-Gesellschaft (M.E.G.) und der Deutschen Gesellschaft für Hypnose und Hypnotherapie e. V. (DGH), eine solche Bereichsweiterbildung für diese vom Wissenschaftlichen Beirat Psychotherapie anerkannte Methode zu regeln. Mit der Aufnahme in die Weiterbildungsordnungen werden bundeseinheitliche Qualifikationsstandards und ein Titelschutz zur Gewährleistung der Patientensicherheit eingeführt.

Regelungen zur Psychotherapie mit Kommunikationsmedien

Die Berufsordnung wurde durch Beschluss der Kammerversammlung in Hinblick auf die Psychotherapie mit Kommunikationsmedien (z. B. Behandlung per Video) klarer gefasst. Die Berufsordnung betont den Grundsatz, dass Psychotherapie im unmittelbaren persönlichen Kontakt zu erbringen ist, und ermöglicht gleichzeitig infolge eines persönlichen Kontaktes die Nutzung von Kommunikationsmedien. Dabei wird verdeutlicht, dass insbesondere die Sorgfaltspflichten zu beachten sind. Bei gegebener Notwendigkeit (z. B. in Krisensituationen) muss gewährleistet sein, dass der unmittelbare persönliche Kontakt zeitnah herzustellen ist. Die regionale Versorgung ermöglicht Psychotherapeut*innen, die Versorgungsstrukturen im Lebensfeld der Behandelten zu kennen und bei Bedarf in diese hineinsteuern zu können. In begrenztem Umfang kann Psychotherapie mittels Kommunikationsmedien auf Wunsch der Patient*innen außerhalb der Praxisräumlichkeiten erbracht werden.

KJP-Ausschuss gewählt

Zu großer Freude der Kammerversammlung wurden Samya Kunze und Katja Hustedt als erste Mitglieder in den KJP-Ausschuss gewählt. Dieser kann sich nun konstituieren. Frau Vassil wird den Ausschuss aus dem Vorstand heraus begleiten.

Resolutionen verabschiedet

Die Kammerversammlung verabschiedete einstimmig drei Resolutionen. In der ersten Resolution kritisierte die Kammerversammlung die Entscheidung des Erweiterten Bewertungsausschusses zur Kürzung der Honorare für psychotherapeutische Leistungen und

forderte die Rücknahme dieser Honorarkürzungen.

In einer weiteren Resolution forderte die Kammerversammlung die Landespolitik und die bremischen Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz und insbesondere die Budgetierung psychotherapeutischer Leistungen zu stoppen und eine drohende Verschlechterung der psychotherapeutischen Versorgung abzuwenden.

In der dritten Resolution forderte die Kammerversammlung die Gesetzgebung auf, die Weiterbildung in Praxen und MVZ finanziell zu fördern, so wie es in der Allgemeinmedizin und in grundversorgenden Facharztbereichen bereits umgesetzt wird, Weiterbildungsambulanzen zu ermöglichen, sämtliche mit der Behandlung durch Weiterbildungsteilnehmende verbundenen Kosten in die Vergütungsverhandlungen mit den Krankenkassen einbringen zu können und zusätzliche Stellen für die obligatorische stationäre Weiterbildung in Kliniken in einer Übergangsphase zu refinanzieren.

Gute Zusammenarbeit mit der Senatorischen Behörde für Gesundheit

Der Kammervorstand begrüßte Verena Madeleine Ortner von der Senatorischen Behörde und bedankte sich für die anhaltend enge und gute Zusammenarbeit. Frau Ortner berichtete, dass die Senatorin Kritik an der Honorarkürzung gegenüber dem BMG und im Bundesrat gemeinsam mit den Länderkolleg*innen auch an der Gesetzgebung der Bundesregierung geäußert habe. Die Psychotherapeut*innen könnten sich der Unterstützung gewiss sein. Weiterhin berichtete Frau Ortner, dass im September erstmals Approbationsprüfungen mit Absolvent*innen des Masterstudiengangs Psychotherapie in Bremen stattfinden würden. Hierzu suche die Behörde Prüfer*innen. Außerdem würden noch Schauspielpatient*innen gesucht (junge Frauen, die Jugendliche spielen könnten, und ältere Männer, gerne auch Psychotherapeuten). Es wurde vereinbart, dass die Kammer sich mit der Behörde zur Koordination abstimmen wird.

Fortbildung zur nachhaltigen Praxisführung

Am 16. Juni 2026 hat Sophie Kunert, Klimabeauftragte der PKHB, im Vorfeld der Kammerversammlung einen Vortrag zum Thema nachhaltige Praxisführung gehalten. Frau Kunert hat einen Überblick über mögliche Maßnahmen in verschiedenen Feldern gegeben, von der Verwendung von Büromaterialien über Energiesparmaßnahmen und Verkehrswege zur Praxis. Mit den Teilnehmenden entspann sich eine lebhafte Diskussion, insbesondere zu Möglichkeiten der Digitalisierung und zur Frage, wann diese als nachhaltig bezeichnet werden kann. Dabei wurden insbesondere die schädlichen Klima- und Umweltfolgen von KI-Nutzung hervorgehoben. Der Vortrag war der zweite, den die Klimabeauftragte zum Thema der Klimakrise in der Psychotherapie gehalten hat, weitere könnten folgen.

Redaktion

An den Texten und der Gestaltung dieser Ausgabe wirkten mit: Dr. Christoph Sülz, Amelie Thobaben, Sophie Kunert.

Geschäftsstelle

Hollerallee 22
28209 Bremen
Tel.: 0421/277200–0
Fax: 0421/277200–2
verwaltung@pk-hb.de
www.pk-hb.de

Geschäftszeiten:
Mo., Di., Do., Fr.: 10.00–12.00 Uhr
Mi.: 13.00–14.30 Uhr